

unter Hinweis auf die Resolution [2378 \(2017\)](#), in der der Generalsekretär ersucht wurde, dafür zu sorgen, dass Daten zur Wirksamkeit der Friedenssicherungseinsätze, darunter Daten zur Leistung der Friedenssicherung, auf der Grundlage klarer und genau definierter Kriterien genutzt werden, um die Analyse und Evaluierung der Einsätze der Missionen zu verbessern, und *ferner unter Hinweis* auf die Resolution [2242 \(2015\)](#) und ihr Ziel, die Zahl der Frauen in den Militär- und Polizeikontingenten der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen bis 2020 zu verdoppeln,

Aktuelle Lage

unter Begrüßung der Verbesserung der Sicherheitsbedingungen, jedoch *mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* darüber, dass die Sicherheitslage in Darfur nach wie vor prekär ist, was auf die destabi

unter Begrüßung der Bemühungen der Regierung Sudans, einschließlich örtlicher Behörden, um die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung durch die Bereitstellung zusätzlicher Polizei-, Strafvollzugs- und Justizkräfte und materieller Ressourcen für diese in ganz Darfur, *feststellend*, dass die Kapazitäten auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit nach wie vor begrenzt sind, die Regierung Sudans *nachdrücklich auffordernd*, ihre Bemühungen zur Beendigung der Straflosigkeit zu konsolidieren und auszuweiten und das schützende Umfeld für die Zivilbevölkerung zu stärken, ohne Diskriminierung, insbesondere im Hinblick auf Verletzungen und Missbräuche der Rechte von Frauen und sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie schwere Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern, *in Anerkennung* der wichtigen Rolle des UNAMID bei der Stärkung der Rechtsstaatsinstitutionen und *Kenntnis nehmend* von den Ersuchen staatlicher und lokaler Amtsträger an das Landesteam der Vereinten Nationen und den UNAMID, mehr Kapazitätsaufbauhilfe auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit bereitzustellen, insbesondere zugunsten der sudanesischen Polizei-, Justiz- und Strafvollzugsinstitutionen, um ein schützendes Umfeld zu schaffen,

betonend, dass diejenigen, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass die Regierung Sudans die Hauptverantwortung dafür trägt, die

Handlungsspielraum verfügt, Einsatzstützpunkte zu errichten und zu schließen, und dass die Kräfte des UNAMID ohne Beschränkungen oder Hindernisse in Gebiete in ganz Darfur zurückkehren können, einschließlich in Gebiete, aus denen der UNAMID sich zurückgezogen hat;

iv. die Beseitigung bürokratischer Hindernisse für den UNAMID, einschließlich im

Aufgabenaufteilung und Koordinierung zwischen dem UNAMID und dem Landesteam der Vereinten Nationen;

13. *bekräftigt*, dass der UNAMID auch künftig bei Entscheidungen über den Einsatz der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen Folgendes vordringlich berücksichtigen muss: a) den Schutz von Zivilpersonen in ganz Darfur und b) die Gewährleistung des sicheren und /

dafür auf nachhaltige Weise übertragen wird, ersucht den UNAMID ferner, verstärkt über diese Frage Bericht zu erstatten, und ersucht den UNAMID ferner, dabei behilflich zu sein, die Kapazitäten der Frauen zur Mitwirkung an dem Friedensprozess, unter anderem durch politische Vertretung, Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, zu nutzen;

28. *legt* den Missionen der Vereinten Nationen in der Region, namentlich dem UNAMID, der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei, der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan, der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen und der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Na-

32. *bekräftigt* seine Unterstützung für einen inter

Berichterstattung an den Rat Informationen darüber aufzunehmen, *ersucht* den UNAMID *ferner*, die Durchführung dieser Aufgaben zu überwachen und zu bewerten, und *ersucht* den Generalsekretär, in seine Berichte an den Rat Informationen darüber aufzunehmen;

36. *begrüßt*, dass der Generalsekretär entschlossen ist, seine Nulltoleranzpolitik ge-

vorzunehmen ist, namentlich durch den Einsatz von Kinderschutzberaterinnen und -beratern, und *ersucht* den Generalsekretär, Informationen zu diesem Thema in seine Berichterstattung an den Rat aufzunehmen, und

- b) einen fortlaufenden D

Schutz von Zivilpersonen begünstigen, *begrüßt* die erneuten Anstrengungen des UNAMID zur Erhöhung des Schutzes der Binnenvertriebenen, *betont* die Notwendigkeit, einen Mechanismus zu schaffen, der prüfen soll, inwieweit die Rückkehr freiwillig und in Kenntnis der Lage erfolgt, und *unterstreicht*, wie wichtig die Auseinandersetzung mit Fragen, die den Grund und Boden betreffen, für die Verwirklichung dauerhafter Lösungen in Darfur ist;

47. *ersucht* die Vereinten Nationen und die Regierung Sudans, in ihren Programmen in Darfur die nachteiligen Auswirkungen von Klimaänderungen, anderen ökologischen Veränderungen und Naturkatastrophen neben anderen Faktoren zu berücksichtigen, unter anderem durch Risikobewertungen und Risikomanagementstrategien in Bezug auf diese Faktoren, und ersucht ferner den Generalsekretär, in die mandatsmäßigen Berichte gegebenenfalls auch Informationen über diese Bewertungen aufzunehmen;

Operative Herausforderungen

48. *würdigt* die Angehörigen des UNAMID, die in Ausübung ihres Dienstes für die Sache des Friedens in Darfur das höchste Opfer gebracht haben, *fordert* den UNAMID *nachdrücklich auf*, im Rahmen seiner Einsatzrichtlinien alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Personal und die Ausrüstung der Vereinten Nationen zu schützen, *verurteilt* die anhaltende Straflosigkeit derer, die Friedenssicherungskräfte angreifen, und *fordert* in dieser Hinsicht die Regierung Sudans *nachdrücklich auf*, alles zu tun, um alle diejenigen, die solche Verbrechen begangen haben, vor Gericht zu stellen, und mit dem UNAMID zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten;

49. *begrüßt*, dass es durch die verbesserte Sicherheitslage in manchen Teilen Darfurs mehr Möglichkeiten für die Räumung explosiver Kampfmittelrückstände gibt, *unterstreicht*, dass der UNAMID in Zusammenarbeit mit dem Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme weitere Räumungen vornehmen und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Rückkehrgebiete legen soll, und *ersucht* den UNAMID *ferner*, mit relevanten Partnern, darunter dem Nationalen Zentrum für Antiminenprogramme, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, zusammenzuarbeiten, um die Übergabe der nach dem letztendlichen Ausstieg des UNAMID voraussichtlich unverrichteten Arbeiten vorzubereiten;

50. *nimmt Kenntnis* von den weiteren Verbesserungen bei der Ausstellung von Visa und der Freigabe von Lieferungen für den UNAMID, der Bewegungsfreiheit und der Bearbeitung von Reisedokumenten, *bekundet erneut* seine Besorgnis darüber, dass sich dem UNAMID bei der Durchführung seines Mandats weiterhin Hindernisse in den Weg stellen, unter anderem dass einige Elemente des UNAMID, insbesondere die Menschenrechtssektion, nach wie vor unter gezielten Visabeschränkungen, anhaltenden Verzögerungen bei der Abfertigung von UNAMID-Containern sowie Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs zu leiden haben, die durch eine unsichere Lage, kriminelle Handlungen und erhebliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch die Regierung Sudans, Milizen und bewaffnete Bewegungen verursacht werden, darunter die von der Regierung Sudans auferlegten Einschränkungen der Durchführung nächtlicher Patrouillen in ganz Darfur und weitere Einschränkungen, die den UNAMID daran hindern, schnell in Gebiete zu gelangen, in denen es zu Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen kommt, *fordert* alle Parteien in Darfur *auf*, alle Hindernisse für die vollständige und ordnungsgemäße Durchführung des Mandats des UNAMID zu beseitigen, einschließlich indem sie seine Sicherheit und Bewegungsfreiheit gewährleisten, und *verlangt* in dieser Hinsicht, dass die Regierung Sudans, in enger Kommunikation und Zusammenarbeit mit ihren verschiedenen Behörden und den lokalen Verwaltungsorganen auf allen Ebenen, sich erneut auf das Abkommen über die

Rechtsstellung d

Berichterstattung

56. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat alle 90